

Den Stopp aller Rüstungsexporte nach Saudi-Arabien gefordert

Die Gemeinsame Konferenz Kirche und Entwicklung (GKKE) fordert einen Stopp aller Rüstungsexporte nach Saudi-Arabien. Der katholische Vorsitzende der GKKE, Prälat Karl Jüsten sagt: »Die Menschenrechtspraxis des Landes ist abgründig, ... die Rolle in der Region nicht gerade stabilisierend. ... Die Vorstellung, dass deutsche Waffen über Saudi-Arabien an Salafisten und terroristische Gruppen in Nordafrika, Nigeria und Mali gelangen könnten, finde ich schlichtweg empörend«. Im Folgenden dokumentieren wir Kernaussagen aus dem Rüstungsexportbericht 2015 der GKKE.

Die deutschen Ausfuhren von konventionellen Großwaffen und Komponenten (wie zum Beispiel Dieselmotoren) sind zwischen 2010 und 2014 nach Angaben des schwedischen Friedensforschungsin-

stituts SIPRI (verglichen mit dem Zeitraum zwischen 2005 und 2009) um 43 Prozent zurückgegangen und lagen damit bei fünf Prozent des weltweiten Waffenhandels. Dennoch zählt Deutschland weiterhin zu den größten Rüstungsexporturen auf dem Weltmarkt und nimmt laut SIPRI im globalen Vergleich die vierte Position ein.

100 Patrouillenboote für Saudi-Arabien

Angesichts des jüngsten Geschäfts mit Katar über die Lieferung von Kampfpanzern und Panzerhaubitzen, dem laufenden Auftrag zur Lieferung von insgesamt über 100 Patrouillenbooten nach Saudi-Arabien, von Fregatten und Hunderten gepanzerten Fahrzeugen an Algerien sowie von vier Fregatten

Bundeswirtschaftsminister Sigmar Gabriel und der König von Saudi-Arabien, Salman bin Abdelaziz al-Saud, am 8. März 2015 in Riad
Foto: dpa



nach Israel ist es jedoch gut möglich, dass der Weltmarktanteil in den kommenden Jahren wieder ansteigen wird. Im Jahr 2014 sind Einzelgenehmigungen für Rüstungsausfuhren im Wert von knapp vier Milliarden Euro genehmigt worden, was einen Rückgang um 33 Prozent gegenüber 2013 bedeutet. Die wertmäßig höchsten Einzelgenehmigungen gingen nach Israel, in die USA, nach Singapur, Südkorea, Großbritannien, Saudi-Arabien und Algerien. Mit Hermes-Bürgschaften wurden im Jahr 2014 zwei Rüstungsgeschäfte mit einer Summe von 1,112 Milliarden Euro abgesichert. Im Falle von Algerien handelt es sich dabei um die Absicherung einer Lieferung von Überwachungsradaranlagen. Im Falle von Saudi-Arabien wurden Hermes-Bürgschaften bereitgestellt, um den Verkauf von Patrouillenbooten für den Küstenschutz abzusichern.

Deutlicher Anstieg im ersten Halbjahr 2015

Die Zahlen für das erste Halbjahr 2015 kündigen eine Trendwende an. Die Einzelausfuhrgenehmigungen für den Export von Kriegswaffen und sonstigen Rüstungsgütern im Gesamtwert von 3,308 Milliarden Euro sind um 1,079 Milliarden Euro höher als im Vorjahreszeitraum. Liefergenehmigungen in Drittstaaten – also Länder außerhalb von EU und NATO – machten auch im ersten Halbjahr 2015 immer noch fast die Hälfte aller deutschen Rüstungsexporte aus. In Anbetracht der Tatsache, dass solche Exporte nur im Ausnahmefall genehmigt werden sollen, ist dies

viel zu viel. Empfänger deutscher Rüstungsexporte sind dabei zahlreiche Länder mit einer kritischen Menschenrechtssituation, mit internen oder regionalen Gewaltkonflikten. Besonders der Export von kleinen und leichten Waffen wird seit Jahren von Gegnern der Rüstungsexportpolitik kritisiert, die eine stärkere Kontrolle oder gar ein Exportverbot fordern. Dabei weisen sie auf die Gefahren hin, die insbesondere von der Weitergabe kleiner und leichter Waffen ausgehen. Ursprünglich legal exportierte Waffen werden möglicherweise – sei es aufgrund unzureichend gesicherter Bestände, fragiler staatlicher Strukturen oder defizitärer Sicherheitssektoren – unkontrolliert weitergegeben.

G3-Gewehre im Jemen abgeworfen

Wissenschaftliche Untersuchungen stützen die Befürchtungen einer solch unkontrollierten Weitergabe und deuten auf beträchtliche wirtschaftliche, vor allem aber menschliche Folgeschäden hin. Dass das Thema derzeit hochaktuell ist, zeigen nicht nur die Weiterverbreitungsgefahren, die von den an die kurdischen Peschmerga im Nordirak gelieferten Waffen ausgehen, sondern auch der jemenitische Bürgerkrieg. Im April 2015 haben dort sunnitische Milizionäre deutsche G3-Sturmgewehre verteilt, die von saudischen Militärflugzeugen abgeworfen worden waren. Ihre Herkunft ist zwar nicht abschließend geklärt, es ist jedoch davon auszugehen, dass sie nicht aus deutscher Produktion, son-

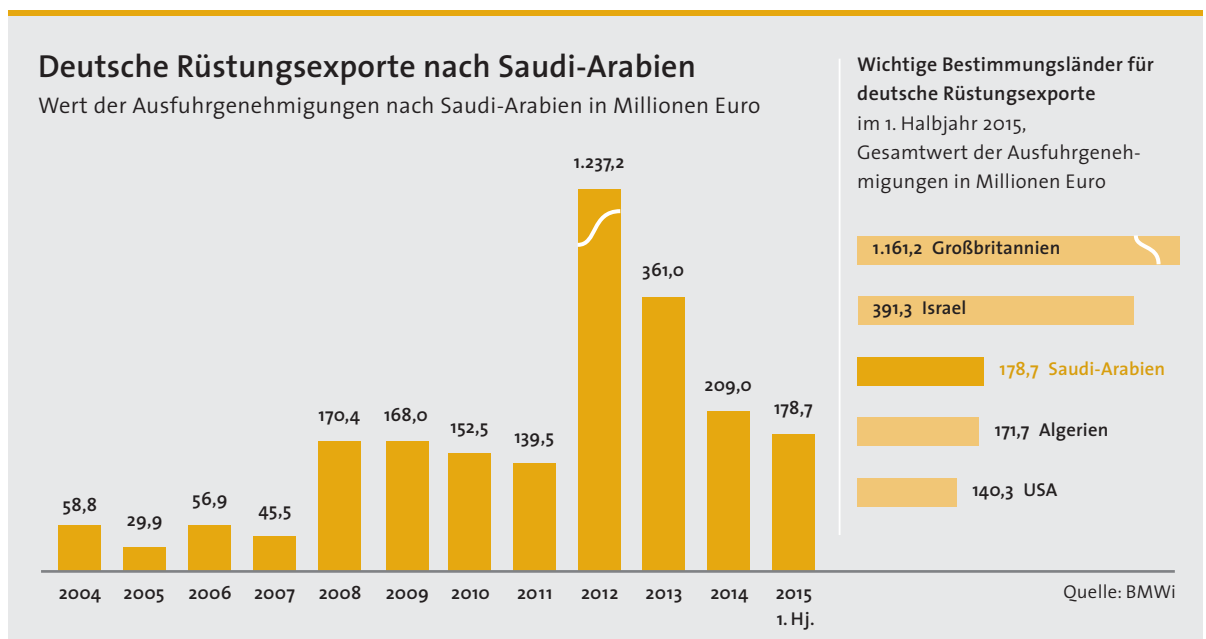
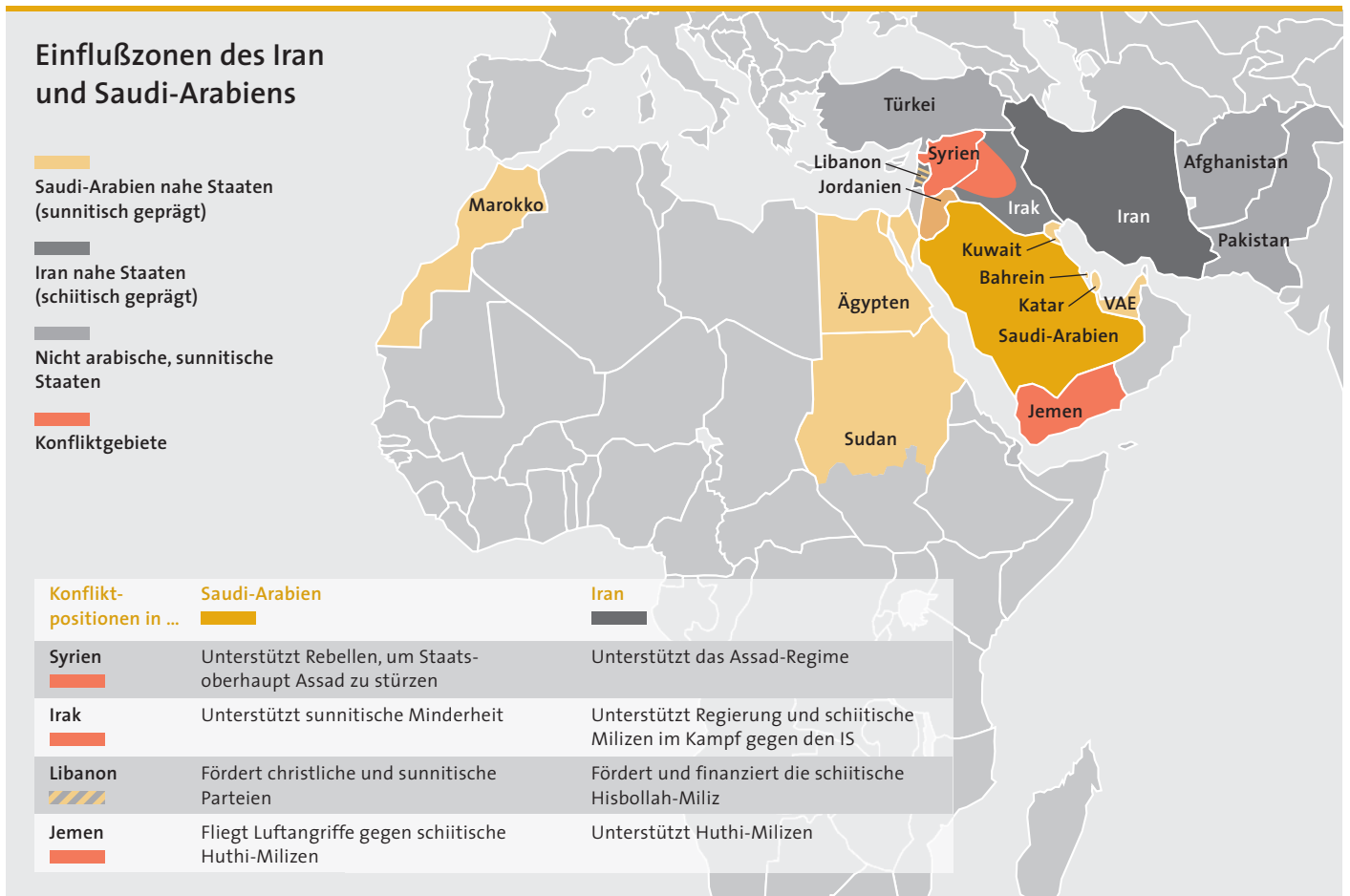


Abbildung: dpa



den vermutlich aus saudischer Lizenzproduktion stammen. Auch in Syrien wird mit deutschen Kleinwaffen gekämpft. Wie Filmaufnahmen und Fotos beweisen, nutzen Kämpfer der libanesischen Hisbollah, kurdische Kämpfer und auch der selbsternannte »Islamische Staat« Kleinwaffen, die in Deutschland entwickelt wurden; insbesondere das G3-Sturmgewehr. Woher die Waffen stammen, ist ungewiss. Mehrere Staaten der Region haben von Deutschland die Lizenz erhalten, diese Gewehre nachzubauen – neben der Türkei auch der Iran und Saudi-Arabien.

Genereller Widerrufsvorbehalt gefordert

Immer wieder fällt Saudi-Arabien als besonders problematisches Empfängerland auf. Manche sehen in dem Golfstaat einen strategischen Partner, insbesondere wegen seiner Rolle im Golfkooperationsrat. Die Menschenrechtspraxis des Landes jedoch ist abgründig, das regionale Machtstreben des Königshauses ausgeprägt, die Rolle in der Region nicht stabilisierend. Darüber hinaus werfen die Beziehun-

gen zu Salafisten und ihren Organisationen viele Fragen auf. Dennoch hat die Bundesregierung im Januar 2015 den Export von Rüstungsgütern im Wert von 110 Millionen Euro nach Saudi-Arabien genehmigt. Die Vorstellung, dass deutsche Waffen über Saudi-Arabien an Salafisten und terroristische Gruppen in Nordafrika, Nigeria und Mali gelangen könnten, findet die GKKE »schlichtweg empörend«. Noch im Jahr 2015 hat die Bundesregierung auch die Ausfuhr von 15 Patrouillenbooten freigegeben. Hier geht es wohl um die Umsetzung einer von der Vorgängerregierung erteilten Genehmigung, bei deren Nicht-Einlösung erhebliche Kompensationsansprüche auf die Bundesregierung zukommen würden. Der Widerruf der Ausfuhrgenehmigung für ein Gefechtsübungszentrum und der Stopp der Auslieferung nach Russland im August 2014 haben jedoch gezeigt, dass ein solcher Vorgang möglich ist, wenn der politische Wille stark genug ist. Es stellt sich die Frage, ob die Bundesregierung nicht Vorsorge treffen muss, um Entscheidungen über Rüstungsexporte, die unter anderen außen- und sicherheitspolitischen Voraussetzungen gefällt wurden, widerrufen zu können. Ein gesetz-



Die »Fachgruppe Rüstungsexporte« der GKKE legt seit 1997 jährlich einen Rüstungsexportbericht vor. Dieser stellt öffentlich verfügbare Informationen über die deutschen Ausfuhren von Kriegswaffen und Rüstungsgütern zusammen und ordnet sie in das politische Umfeld ein. Damit soll der Stellenwert deutscher Rüstungsausfuhren im Zusammenhang der Friedens-, Sicherheits- und Entwicklungspolitik herausgearbeitet und die Grundlage für einen Dialog mit den Trägern politischer, gesellschaftlicher und wirtschaftlicher Verantwortung bereitgestellt werden. Der »Fachgruppe Rüstungsexporte« gehören Vertreter der Kirchen, Fachleute aus wissenschaftlichen Einrichtungen und Nichtregierungsorganisationen an. Die Kampagne gegen Rüstungsexport bei Ohne Rüstung Leben wird durch das Initiativkreismitglied Holger Rothbauer vertreten.

lich verankerter genereller Widerrufsvorbehalt bei politischer Neubewertung von Ausfuhrvorhaben würde das Risiko hoher Kompensationszahlungen wesentlich reduzieren, wenn nicht gar ausschließen.

Rüstungsausfuhren nach Saudi-Arabien stoppen

Die Positionen der Befürworter und Gegner von Rüstungsexporten nach Saudi-Arabien stehen sich weiterhin scheinbar unversöhnlich gegenüber. Grundsätzlich greift es zu kurz, immer wieder auf die wirtschaftliche Notwendigkeit von Rüstungsexporten zu verweisen, um die deutsche Rüstungsindustrie auszulasten. Die GKKE fordert aufgrund der Gesamtlage im Land und in der Region, Rüstungsausfuhren nach Saudi-Arabien zu stoppen. Denn es besteht nicht nur eine katastrophale Menschenrechtslage im Land selbst. Saudische Truppen sind zudem in Kampfhandlungen im Nachbarland Jemen verstrickt und die Region befindet sich insgesamt in einer instabilen Situation, zu der Rüstungslieferungen weiter beitragen. Selbst wenn mit den 15 Patrouillenbooten, deren Ausfuhr freigegeben wurde, nicht unmittelbar Menschenrechtsverletzungen begangenen werden können, stellt sich die Frage, inwiefern die Lieferung dieser Boote in einer sehr angespannten regionalen Situation – auch im Hinblick auf die Konflikte mit dem Iran um die Meerenge von Hormus – zu mehr Stabilität beitragen sollte. Es liegt nicht im außen- und sicherheitspolitischen Interesse Deutschlands, die internationalen Bemühungen um eine Entspannung

der Beziehungen zwischen dem Westen und dem Iran – im Zuge der erfolgreichen Nuklear-Verhandlungen – durch eine weitere Aufrüstung Saudi-Arabiens zu konterkarieren.

Schweiz und Schweden verhängen Exportstopp

Rüstungslieferungen nach Saudi-Arabien stehen nach Auffassung der GKKE nicht im Einklang mit den Interessen der deutschen Außen- und Sicherheitspolitik. Im Gegenteil: Eine Rechtfertigung der Exporte an Drittstaaten mit industriepolitischen Interessen oder gar mit innerdeutschen Sicherheitsbedürfnissen entspricht nicht den »Politischen Grundsätzen für den Export von Kriegswaffen und sonstigen Rüstungsgütern«, zu denen sich die Bundesregierung in ihrer Koalitionsvereinbarung bekannt hat. Deutschland wäre bei einem (vorläufigen) Stopp von Rüstungslieferungen nach Saudi-Arabien im Übrigen keinesfalls ein Vorreiter in Europa. Als Reaktion auf das militärische Eingreifen der saudischen Streitkräfte in den Konflikt im Jemen hat die Regierung der Schweiz kurz darauf alle Rüstungslieferungen an das Königshaus gestoppt. Auch die schwedische Regierung verhängte einen Exportstopp für Rüstungsgüter in das arabische Land und beendete damit eine langjährige militärische Kooperation mit Saudi-Arabien.

Redaktion: Paul Russmann, Januar 2016

- Den vollständigen Rüstungsexportbericht 2015 stellt die GKKE als PDF-Datei unter www3.gkke.org/75.html zur Verfügung.
- Die gedruckte Broschüre (DIN A5, 138 Seiten) kann – solange der Vorrat reicht – kostenlos bei der Geschäftsstelle von Ohne Rüstung Leben angefordert werden.

**Brot
für die Welt**

Die Kampagne gegen Rüstungsexport bei Ohne Rüstung Leben wird finanziell aus Mitteln des Kirchlichen Entwicklungsdienstes durch Brot für die Welt – Evangelischer Entwicklungsdienst gefördert.

In der Reihe »kompakt« veröffentlichen wir Kurzbeiträge zu aktuellen friedenspolitischen Themen.

© und Bezug: Ohne Rüstung Leben, Arndtstraße 31, 70197 Stuttgart, Telefon 0711 608396, Fax 0711 608357, E-Mail orl-info@gaia.de, www.ohne-ruestung-leben.de.

Spenden: Ohne Rüstung Leben, Evangelische Bank, IBAN DE96 5206 0410 0000 4165 41, BIC GENODEF1EK1, www.ohne-ruestung-leben.de/spenden.

Ohne Rüstung Leben ist Träger des Göttinger Friedenspreises 2011.